



## Vereinsvorstellung

Eine interdisziplinär zusammengesetzte Gruppe von Freunden hat sich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit befasst, wobei der Schwerpunkt die Umsetzung notwendiger Massnahmen ist.

Als Ergebnis eines langen Diskussionsprozesses wurde zunächst ein „Statement“ verfasst. Im Herbst 2002 wurden den wahlwerbenden Parteien fünf Fragen zur Arbeitslosigkeit vorgelegt. Darüber hinaus wird versucht über die Beobachtung von Medien und anderen Quellen wichtige Fakten und Meinungen zu den Problemen der Arbeitslosigkeit zu sammeln.

Die Gruppe möchte die Ergebnisse an Entscheidungsträger und Meinungsmacher herantragen und hat sich daher entschlossen als Grundlage weiterer Aktivitäten als Verein aufzutreten.

Der Verbreitung von Informationen dient ein Newsletter, der etwa vier- bis sechswöchig versendet wird.

Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein Problem von Arbeitenden, sondern der Wirtschaft insgesamt. Nachhaltigkeit, die heute so oft postuliert wird, ist nicht auf ökologische Fragen beschränkt, sondern hat auch wichtige ökonomische und soziale Aspekte.

### **Unsere Annahmen zur Ausgangslage:**

- Arbeitslosigkeit ist ein Problem
- Umverteilung von Arbeit ist ein unabdingbarer Teil der Problemlösung
- Die Erbringung (Finanzierung) von gesellschaftlich notwendiger Arbeit ist unter anderem ein Beitrag zur Problemlösung der Arbeitslosigkeit
- Das Thema "Grundsicherung" ist im Zusammenhang mit dem Problem Arbeitslosigkeit zu untersuchen

Einige wichtige Punkte aus unserer Analyse:

- Derzeit hat in Worten und Taten der Entscheidungsträger nicht das Wohlbefinden der Menschen Vorrang, sondern „die Wirtschaft“.
- Ein besonderes Kapitel unserer Zeit ist die von allen Realitäten losgelöste Finanzwirtschaft mit der internationalen Finanzspekulation.
- Frauenbeschäftigung hat einen emanzipatorischen Aspekt, dient als Basis zur Erfüllung der Konsumansprüche von Familien und ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit von Alleinstehenden.
- Arbeit, die vor 2000 nicht ökonomisch organisiert war, wie politisches Handeln, Pflege, Spiel, Kommunikation usw. (gesellschaftlich notwendige Arbeit) wird nunmehr in neuer Weise anerkannt und honoriert.

### **Ziele und Massnahmen für die wir uns einsetzen wollen:**

- Es soll ein Recht auf Arbeit geben.
- Arbeit (bezahlte Arbeit) ist zu teilen – umzuverteilen.
- Die Lebensarbeitszeit ist besser an die Lebenszeit anzupassen.
- Für gleiche Arbeit wird gleiche Entlohnung gefordert.
- Der Entsolidarisierung ist mit einer Rückbesinnung auf humane Werte entgegen zu treten.
- Jeder der in Not ist hat Anspruch auf Hilfe der Gemeinschaft, umgekehrt hat jeder, der dazu in der Lage ist, die Pflicht, der Gemeinschaft etwas zu geben (Prinzip der Gegenseitigkeit).
- Gemeinnützige Vereine könnten verstärkt Arbeitslose aufnehmen und dafür finanzielle Hilfe vom Arbeitsmarktservice bekommen. > siehe die Aktion 8000.
- Die Arbeitsgesellschaft muss familien- und kinderfreundlicher werden. (EU-Empfehlung an Österreich: Bessere Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen.)
- Anstelle der Familienbeihilfe tritt die materielle Grundsicherung für Kinder und Jugendliche.
- Auch die Wirtschaft muss sich ethischen Massstäben unterwerfen.

- Eine von gegenseitiger Achtung geprägte Zusammenarbeit ist wesentlich motivierender und befriedigender, als es Wettbewerb sein kann.
- Der Wegwerfwirtschaft wäre eine Reparaturwirtschaft entgegenzustellen. (Die Reparaturgesellschaft verteuert zwar das Leben, sie sichert aber einheimische Arbeitsplätze.)
- Arbeitszeitverkürzung (mit vollem, teilweisen oder ohne Lohnausgleich)
- Radikaler Überstundenabbau
- Stimulierung öffentlicher Investitionen
- Fiskalpolitische Umverteilung zur Finanzierung einschlägiger Projekte (etwas umstritten)
- Altersteilzeit gegen Arbeitslosigkeit. (gab es bereits bis 31.12.2001 befristet)
- Entlohnung nach Leistung und nicht nach Lebensalter
- Umstiegsversuche von arbeitslosen Dienstnehmern in die Selbstständigkeit fördern
- Die Startbedingungen für die Selbstständigkeit müssen somit verbessert werden
  - Eine Selbstständigen – Arbeitslosenversicherung müßte verbessert werden
- Finanzielle Unterstützung für den Arbeitnehmer bei Wohnortwechsel
- N.Ö. Modell der Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie für Lehrlinge allgemein (wieder) einführen

#### **Worüber noch diskutiert wird:**

- Wertschöpfungsabgabe einführen
- Statt Wehrpflicht ist ein allgemeiner Sozialdienst (auch für Frauen) einzuführen, der auch im Bundesheer geleistet werden kann. (Klima 1999: Im Rahmen der Bundesheerreform könnte ein freiwilliger Friedens- und Sozialdienst für Männer und Frauen im In- und Ausland eingeführt werden.) (Vorbehalte)

#### **Weitere Vorgangsweise:**

Die Aussagen unseres „Statements“ und der anderen Materialien sollen nun ausserhalb des Freundeskreises zur Diskussion gestellt werden.

Es soll versucht werden durch wissenschaftliche Aufbereitung Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit konsensfähig zu machen.

Schliesslich sollen Opinion-Leader und Decision-Maker auf geeignete Weise angeregt werden an der Umsetzung von Massnahmen zur Verringerung der Probleme der Arbeitslosigkeit mitzuwirken.

Die private Gruppe die sich mit der Problematik der Umsetzung von Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschäftigt hat, was zur Gründung des Vereins **„Recht auf Arbeit“** geführt hat, setzt sich zusammen aus: einem Regisseur und Kameramann, einem Steuerberater, einem Arbeiterkammer-Funktionär (inzwischen in Pension), einem Wirtschaftsredakteur einer grossen Tageszeitung, einem Dichter (verstorben), einem Raumplaner, einem Journalisten i.P., zwei Geschäftsmännern, einem bildenden Künstler und Bühnen-Ausstattungschef, einem Architekten und Stadtplaner, einem Rechtsanwalt, einem Pensionisten aus dem Bereich der Sozialversicherung, einem Bürgermeister und Direktor einer grossen Weiterbildungseinrichtung, einem Bankdirektor einer grossen österreichischen Bank (verstorben) und einem Wirtschaftswissenschaftler und Universitätslehrer